

Claus Leggewie

God's own country: Der Kampf um die Religiösen

Dass Donald Trump im November 2020 gute Chancen hat, im Amt bestätigt zu werden, verdankt er nicht zuletzt seiner weißen, mitunter zutiefst religiösen Unterstützerbasis. Doch warum stehen diese besonders Glaubenseifrigen auf der Seite eines Mannes, der gegen alles verstößt, was ihnen heilig sein müsste, den Meister des *dirty talk*, vor dem man seinen Kindern die Ohren verschließen muss? Die kurze Antwort lautet, dass sie sich mehrheitlich eher als Weiße denn als Fromme fühlen: Der Anteil weißer Evangelikaler an der Gesamtbevölkerung schrumpft dramatisch. Deshalb fürchten sie um ihre Vorherrschaft in Amerika und umjubeln einen Politiker, der unter anderem verspricht, liberale Errungenschaften wie die Abtreibungsregelung der 1970er Jahre zu Fall zu bringen. Die Präsidentschaftswahl im kommenden November steht damit auch für den erneuten Höhepunkt eines seit Jahrzehnten andauernden Kulturkrieges in den USA, in denen die christliche Religion auf Seiten der Rechten, aber auch auf Seiten der Linken eine zentrale Rolle spielt. Überwiegend schwört Amerika auch heute noch auf die Verfassung *und* die Bibel.

Dass die weit verbreitete Religiosität wahlentscheidend sein kann, ist in der amerikanischen Geschichte keineswegs ungewöhnlich und verdankt sich der religiösen Grundierung der Gesellschaft und der Politik: Der amerikanische Staat darf zwar keine bestimmte Konfession zur Staatskirche erheben, seine normative Ordnung ist jedoch immer schon unverkennbar deistisch imprägniert gewesen. Viele Amerikaner verstehen sich daher auch als eine „Nation under God“, wie es im erst 1954 eingeführten Treueschwur heißt; und manche weisen der eigenen Nation sogar eine historische Mission als God's Own Country zu. Auch deshalb blieben die Vereinigten Staaten im Vergleich zu den säkular-liberalen Gesellschaften Westeuropas bis heute überdurchschnittlich religiös geprägt.¹ Die weit verbreitete Religiosität hat Politiker aller Seiten immer wieder veranlasst, sich etwa beim Besuch von Gottesdiensten zu zeigen. Besonders ausgeprägt war dies bei dem Demokraten Jimmy Carter, der als bekennender evangelikaler Baptist auch im Weißen Haus mehrmals täglich betete und Jesus Christus ausdrücklich als seine Leitfigur bezeichnete.

1 David Martin, *On Secularization. Towards a revised general theory*, London 2005; Christian Joppke, *Der säkulare Staat auf dem Prüfstand. Religion und Politik in Europa und den USA*, Hamburg 2018; David Voas and Mark Chaves, *Is the United States a Counterexample to the Secularization Thesis?*, in: „*American Journal of Sociology*“, 5/2016, S. 1517-1556. Das Umfrageinstitut Pew Center vermittelt die wichtigsten Trends www.pewforum.org.

Carter stellt dabei keine Ausnahme dar. Historisch betrachtet gehört eine „religiöse Linke“ fest in die Tradition der Vereinigten Staaten.² Im Mittelpunkt steht dabei der Social Gospel, eine Strömung, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts soziale Ungleichheiten und ethnische Konflikte innerweltlich auflösen wollte, wie es auch im letzten Halbsatz des Matthäusevangeliums lautet: „Dein Reich komme, dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden.“ Diese religiöse Überzeugung war ein wichtiger Motor der Sozialreformen und der Bürgerrechtsbewegung, sie beeinflusste die Hippie- und die Popkultur.³ Und Martin Luther King gründete seinen Kampf gegen Rassendiskriminierung und die Ablehnung des Vietnamkriegs auf dem Entwurf eines christlichen Amerika, das stets den Armen, Unterdrückten und Außenseitern zugewandt sein sollte. So war vor allem das Amerika der 1960er Jahre zutiefst links-religiös geprägt.

Diese links-christliche Botschaft musste jedoch im Zuge der „Kulturkriege“ der 1970er Jahre einer aufdringlichen Indienstnahme der Religion durch eine Christian Right weichen.⁴ Insbesondere evangelikale Gläubige spielten hier eine wichtige Rolle – also jene bibeltreuen Protestanten, die sich mitunter als „Wiedergeborene“ bezeichnen und der baldigen Wiederkehr des Herrn entgegensehen. Sie übertrumpften zahlen- und bedeutungsmäßig den protestantischen Mainstream und traten zunehmend als „moralische Mehrheit“ gegen die liberalen Medien und Meinungsführer auf. Dabei konzentrierten sie sich immer stärker auf die Republikanische Partei, deren Präsidentschaftskandidaten das in diesen Kreisen verhasste Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts von 1973 („Roe vs. Wade“) zu kippen versprachen.

Ausdrücklich als Gegenbewegung zu der in Folge der Bildungsexpansion und Suburbanisierung im liberalen Teil der US-Gesellschaft intensivierten Säkularisierung prosperierte in den vergangenen Jahrzehnten über den Bible Belt hinaus eine von weißen Evangelikalen und Pfingstlern getragene Religious Right, die charismatische Prediger in Großkirchen und „Televangelisten“ wie James Falwell und Pat Robinson bzw. politische Unternehmer wie Ralph Reed anführten. Sie kämpften erbittert gegen die angeblich von Liberalen und Linken entfachte „Kulturrevolution“ und sorgten für die enge Symbiose der weißen Evangelikalen mit der ideologisch und sozialpolitisch weit nach rechts gerückten Grand Old Party (GOP), der Republikanischen Partei.⁵ Der wohl wichtigste Katalysator dieser politischen Zusammenführung ist die „pro-life“-Orientierung, eine rigide, im Kern misogyne Abtreibungskontrolle, für die sich vor allem finanzstarke Familien-Lobbys und steuerbefreite „glaubensbasierte Organisationen“ einsetzen. In einer Gesellschaft mit hohen Scheidungsraten und einer immensen Zahl dysfunktionaler Familien nehmen „family values“

2 Doug Russinow u.a. (Hg.), *The Religious Left in Modern America: Doorkeepers of a Radical Faith*, New York 2018; Rebecca Alpert (Hg.), *Voices of the Religious Left*, Philadelphia 2000.

3 Vgl. die Fallstudie von Benjamin Rolsky, *The Rise and Fall of the Religious Left. Politics, Television and Popular Culture in the 1970s and Beyond*, New York 2019.

4 Andrew Hartman, *A War for the Soul of America: A History of the Culture Wars*, Chicago 2015.

5 Jason Bevins, *Religion of Fear. The Politics of Horror in Conservative Evangelicalism*, New York 2008. Zur Einordnung ins konservative Spektrum vgl. Claus Leggewie, *America first? Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt a.M. 1997, S. 205 ff.

in den USA zunehmend eine kompensatorische Funktion ein. In diesem Milieu lassen sich wiederum leicht Klein- und Großspenden für die GOP und außerparlamentarische Strömungen wie die Tea Party akquirieren.

Ausgerechnet Donald Trump, der vor wenigen Jahren noch ein klarer Fürsprecher des „pro-choice“ war und Flüche gerne mit einem markigen „Goddamn“ garniert, avancierte 2016 zum Liebling der Evangelikalen. In wichtigen Staaten wie Texas stellen sie rund acht Millionen Wähler, deren Mehrheit sich bei den letzten Vorwahlen nicht auf die Seite ihres evangelikalen Senators Ted Cruz schlug, sondern auf die des zweimal geschiedenen, in Sexaffären mit einer Porno-Darstellerin verstrickten Geschäftsmann aus dem Sündenbabel New York. Insgesamt stimmten 58 Prozent der Protestanten und 52 Prozent der Katholiken für Trump; Hillary Clinton hingegen lag nur bei Juden und „Sonstigen“ (wie den Muslimen) vorn – sowie bei den „Nones“, den Konfessionslosen in den oberen Bildungs- und Einkommensschichten.

Die Reaktivierung eines »linken« Evangelikalismus

Auf diese Rechtswendung der politischen Theologie fanden die Demokraten lange Zeit keine überzeugende Antwort. Und das nicht ohne Grund: In ihrer Partei sind zunehmend „religiös Unmusikalische“ organisiert, weshalb Hillary Clinton vor vier Jahren auch einen ausdrücklich „nicht christlichen Wahlkampf“ führte. Auch Joe Biden, lange vermeintlicher Favorit im Kandidatenfeld von 2020, äußert sich in Glaubensfragen zurückhaltend, und andere, wie etwa Bernie Sanders, präsentieren sich ausdrücklich als demokratische Sozialisten. Gleichzeitig aber bemühen sich Intellektuelle, Theologen und Bürgerrechtsaktivisten seit einigen Jahren verstärkt darum, den Social Gospel wieder in der Demokratischen Partei zu verankern und einen „linken“ Evangelikalismus zu reaktivieren. Auch attackieren namhafte Mainstream-Protestanten und -Katholiken offensiv Donald Trump, den für Gläubige jeder Konfession so offensichtlich gottlosen Lügner im Weißen Haus.

Dass Trump nicht den religiösen Kern der US-Gesellschaft repräsentiert, diesen vielmehr mit seinen rüden Reden und Taten wie der Internierung von Einwandererkindern verfälscht, hat eine religiös-kulturelle Opposition auf den Plan gerufen, die für sich beansprucht, die „moralische Mehrheit“ von heute zu sein. William Barber II, ein einflussreicher afro-amerikanischer Prediger aus North Carolina, der die „Faith in Public Life Coalition“ anführt und eine „Poor People's Campaign“ initiiert hat, brachte die Mission bereits beim Konvent der Demokraten 2016 auf die Formel⁶: „Jesus, ein dunkelhäutiger palästinensischer Jude, hat uns gelehrt, die frohe Botschaft den Armen, den Gebrechlichen, den Verletzten und allen zu bringen, die sich nicht gewürdigt fühlen!“ Auch für den Umwelt- und Klimaschutz, der in

6 Vgl. Forward Together: A Moral Message for the Nation, 2014; The Third Reconstruction: Moral Mondays, Fusion Politics, and the Rise of a New Justice Movement, 2016 und Revive Us Again: Vision and Action in Moral Organizing 2018.

Trumps Partei keinen Platz mehr hat, engagieren sich Priester und Gläubige. Der demokratische Senator von New Jersey, der Afro-Amerikaner Cory Booker, trat 2016 mit einer für die „religiöse Linke“ typischen Ableitung persönlichen Engagements auf: „Jesu Leben beeinflusst mich stark. Er kümmerte sich zu seinen Lebzeiten besonders um die Armen und Kranken, um Menschen, die von anderen übersehen, nicht geachtet und oft unterdrückt werden. Er lebte ein Leben radikaler Liebe und setzte einen Standard, den ich täglich verfehle, der mich aber doch stark motiviert. Und ich wollte in einer Gemeinschaft leben, die diesen Kampf führt.“ Booker war zuvor Bürgermeister von Newark gewesen, einer der herausragenden US-Problemstädte; seine Kandidatur für die Demokraten scheiterte 2020 an mangelndem Spendenaufkommen.

Pete Buttigieg: Der Protagonist der religiösen Linken

Heute ist der 38jährige Pete Buttigieg Protagonist der religiösen Linken. In der katholischen High School, berichtet er in seiner Autobiographie „Shortest Way Home“ (2019), „brachte man uns weniger die christliche Sexualdoktrin bei als ein Gefühl dafür, dass die Kirche in ihrer Geschichte stets ein Stimme der Unterdrückten und Geknechteten war.“ Als junger Mann beeindruckte ihn Oscar Romero, der Erzbischof von El Salvador, der 1980 von Todeschwadronen umgebracht und später von Johannes Paul II. heiliggesprochen wurde. Bei einem Auslandssemester in England schloss sich Buttigieg dann den zur Anglikanischen Kirche zählenden Episkopalen an, die im Lauf der Geschichte nicht weniger als elf US-Präsidenten hervorgebracht haben. In diesem ökumenisch ausgerichteten Milieu erfährt man meist eine entspannte Seelsorge, anders als beim überdrehten Spektakel mancher Pfingstler oder in ressentimentgeladenen Polit-Kampagnen gegen Abtreibung und Homoehe.

Buttigieg, ein bekennender Homosexueller, ließ sich 2018 in der St. James Cathedral in South Bend trauen, einer episkopalen Gemeinde, die 2003 als erste einen offen homosexuellen Bischof gewählt hatte. Dass er sich öffentlich mit seinem Ehemann Chasten zeigt, mag Trump-Wähler irritieren. Zugleich aber kann der frühere Bürgermeister der Stadt South Bend im Staat Indiana bei ihnen damit punkten, dass er eine bankrotte Autostadt im Rust Belt saniert und seinen Militärdienst in Afghanistan verrichtet hat – ganz im Gegensatz zum amtierenden Präsidenten, der sich als junger Mann per Attest dem Vietnamkrieg entzog und heute unliebsame Veteranen anpöbelt. Zwar wurden Buttigieg zu Beginn seiner Kandidatur höchstens Außen-seiterchancen eingeräumt: Er sei zu jung und zu unerfahren, hieß es meist. Inzwischen aber begeistert er landesweit mehr und mehr Unterstützer, seine Spendeneinnahmen steigen ebenso wie seine Umfragewerte. Doch trotz seines Erfolgs im Iowa-Caucus der Demokraten und seines zweiten Platzes, knapp hinter Bernie Sanders, bei der Vorwahl in New Hampshire stößt Buttigieg weiterhin auf erhebliche Reserven im Parteiestablishment und bei der urbanen Wählerbasis der Demokraten – insbesondere bei den

jüngeren Amerikanern, unter denen der Anteil der Agnostiker und Atheisten in den vergangenen Jahren besonders stark zugenommen hat. Knapp zwei Fünftel der Alterskohorte der unter 30jährigen verstehen sich heute als „non affiliated“, als keiner Religionsgemeinschaft angehörend; nur noch acht Prozent bezeichnen sich selbst als weiße evangelikale Protestanten. Im Internet läuft gegen den Harvard-Absolventen, Rhodes-Stipendiaten und zeitweiligen McKinsey-Mitarbeiter Buttigieg sogar eine #NeverPete-Kampagne. Den geringsten Zuspruch erfährt er dabei unter Afro-Amerikanern – trotz deren relativ stark ausgeprägten Religiosität. Schwarze Meinungsführer kritisieren, dass schwarze Menschen nur wenig von der Revitalisierung von South Bend profitierten; sie konterten Buttigiegs inklusiven Slogan „All Lives Matter“ mit „Black Lives Matter“ und seinen Plan für Rassengerechtigkeit, benannt nach dem schwarzen Sozialreformer Frederick Douglass, kaufen ihm die wenigsten ab. Doch während im Lager der Demokraten die Anhänger von Bernie Sanders und Elizabeth Warren auf Umverteilung und viele Jüngere auf identitäre und LGBTQ-Themen setzen, adressiert Buttigieg unverdrossen „future former Republicans“ – jene verunsicherten Trump-Anhänger, die dem amtierenden Präsidenten die moralische Qualifikation für sein Amt abstreiten und zugleich auf die religiöse Fundierung politischen Handelns nicht allergisch reagieren.⁷

Wie aber stehen dabei seine Erfolgsaussichten? Wenige Monate vor der nächsten Präsidentschaftswahl lautet die Faustregel: Wer mindestens einmal pro Woche an Gottesdiensten teilnimmt, wählt republikanisch, wer dies seltener oder nie tut, macht bei den Demokraten sein Kreuz. Die religiöse Zuordnung korreliert dabei nach wie vor stark mit einer ethnischen: Schwarze Protestanten und nicht-weiße Katholiken bleiben weiterhin eher auf Distanz zu Trump. Deutlich am stärksten und dauerhaftesten fällt die Zustimmung für ihn bei den weißen Evangelikalen aus. Ralph Reed, Jim Falwell und andere Matadore der religiösen Rechten waren opportunistisch genug, um dem armen Sünder seine Verstöße gegen die Zehn Gebote zu verzeihen; einige Prediger stuften ihn sogar als „von Gott auserwählt“ ein, was der Präsident durch seinen Energieminister Rick Perry bestätigen ließ: „König David war nicht perfekt, Saul war nicht perfekt, Solomon war nicht perfekt.“⁸ Damit aber ist der religiös-rassistische Komplex seit 2016 noch enger zusammengerückt und hat zugleich die früher auch bei den Evangelikalen gepflegte Tradition des Social Gospel weitgehend zerstört. Stattdessen rücken wertkonservative Themen immer weiter ins Zentrum ihrer Debatten.

Zu Beginn dieses Jahres umwarb Trump beim National Prayer Breakfast die evangelikale Basis daher auch erneut mit der Aussicht, „Wade vs. Roe“ werde mit Hilfe der Pro-Life-Mehrheit im Supreme Court kippen. Nachdem weder Ronald Reagan noch George W. Bush ihre Versprechen gehalten hatten, Abtreibung wieder zu kriminalisieren und damit die „Kulturkriege“ der 1970er Jahre umzudrehen, setzen die Evangelikalen nun ganz auf Trump als ihren starken Mann, der nicht nur redet, sondern auch handelt.

7 Jeremy W. Peters, Why Pete Buttigieg has made religion central to his campaign, in: „The New York Times“, 10.1.2020.

8 Zit. nach „The Guardian“, 25.11.2019.

Dass einzelne Staaten wie Alabama und Louisiana das Recht auf Abtreibung längst rigoros beschnitten haben, macht ihnen dabei nur Appetit auf mehr.

Trumps Überpolitisierung der Religion

Am jüngsten „Religious Freedom Day“, dem 16. Januar, legte Trump darüber hinaus die Religionsfreiheit „positiv“ aus und empfahl, bei der Verteilung bundesstaatlicher Gelder religiöse Kriterien zugrunde zu legen und in öffentlichen Bildungseinrichtungen das Schulgebet durchzusetzen. Dass der Präsident bereits im März 2019 Jerusalem als Hauptstadt Israels offiziell anerkannt hat, erfreut nicht nur die konservative Israel-Lobby, sondern – aus der religiösen Überzeugung, dass damit Armageddon näher rückt – auch die „christlichen Zionisten“.⁹ Viele Evangelikale nehmen eine zutiefst pessimistische und apokalyptische Weltsicht ein, und wenn ohnehin alles den Bach hinuntergeht, weil die Gottlosen immer zahlreicher werden, verschafft dieser Präsident den Gläubigen wenigstens einen Etappensieg.

Somit kann Trump – wenn die Konjunktur doch noch einbrechen und die Mauer gegen hispanische Einwanderer nicht vorankommen sollte – im diesjährigen Wahlkampf immer noch die religiöse Karte ausspielen. Die evangelikale Basis erscheint verlässlichen Umfragen zufolge diesbezüglich unerschüttert, manche Beobachter prognostizieren gar eine noch stärkere Unterstützung als 2016. Ralph Reed, Frank Graham und andere Protagonisten der religiösen Rechten sagten Trump bereits eine Millionen-Dollar-Kollekte für seinen Wahlkampf zu, den der Präsident zu Jahresbeginn in Miami mit der Rallye „Evangelicals for Trump“ eröffnete. Doch – immerhin – regt sich mancherorts auch Unmut gegen diese Überpolitisierung der Religion. Afro-amerikanische Evangelikale nehmen zunehmend Anstoß am Rassismus ihrer weißen Glaubensbrüder. Für sie ist Trumps migrationsfeindlicher Kurs so unamerikanisch wie weißer Suprematismus unchristlich. Und jüngst sprach sich sogar „Christianity Today“, die 1956 von dem charismatischen Prediger Billy Graham gegründete evangelikale Zeitschrift, in klaren Worten gegen die Freak Show im Weißen Haus aus – und zog damit den Zorn Trumps sowie von 200 Predigern aus dem ganzen Land auf sich.

Daher dürften sich die religiösen Fronten in den Monaten des Wahlkampfes weiter verhärten. Dass die Evangelikalen demografisch schrumpfen und jüngere Religiöse die Wagenburg unbeirrbar Gläubiger in Richtung Peer-groups verlassen, in denen religiöse Bekenntnisse keine zentrale Rolle mehr spielen, verstärkt noch die Radikalisierung der Religious Right. Zugleich haben sich die Demokraten inzwischen so weit säkularisiert und vom Leitbild der Nation under God entfernt, dass eine Religious Left dort wohl nicht mehr die Zugkraft entwickeln kann, um ein echtes moralisches und politisches Gegengewicht zu Donald Trump zu formieren.

9 Zur aktuellen Ausprägung vgl. Mimi Kirk, Countering Christian Zionism in the Age of Trump, in: Middle East Report Online, 8.8.2019; Stephen Sizer, Christian Zionism. Road map to Armageddon? London 2004; Victoria Clark, Allies for Armageddon. The Rise of Christian Zionism, New Haven 2007.